

Ärztliche Versorgung in der Fläche

Ein spannendes Thema zur Demografie mit dem Blickwinkel der ärztlichen Versorgung auf dem Lande und mit interessanten Gästen – genau so sind wir, die Frauen Union des Landkreises Bautzen, an die Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltung, die am gestrigen Abend in Bautzen in Kooperation mit der kpV Oberlausitz/Niederschlesien stattgefunden hat, herangegangen. Mit einer Podiumsdiskussion unter Einbeziehung der Zuhörer wurde ein sehr anregender Erfahrungsaustausch geführt.

Eröffnet wurde die Diskussion mit der Frage „Haben wir im Landkreis Bautzen einen Notstand, was die ärztliche Versorgung betrifft?“ Noch kann diese Frage sicherlich mit einem NEIN beantwortet werden, aber aufgrund der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung wird der Bedarf an ärztlicher Versorgung weiter zunehmen und, das ist jetzt schon seit ein paar Jahren deutlich erkennbar, der Nachwuchs auf dem Land fehlt. Die Studienabgänger zieht es in die Städte oder ins Ausland. Katja Meixner, eine junge Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin aus Hoyerswerda, ging an dieser Stelle sogar noch ein Stück weiter und sagte, dass meistens nur dann ausgebildete Ärzte wieder in eine ländliche Region zurückkehren, wenn sie von dort kommen. Ein Aspekt, dem entgegenzuwirken, ist sicherlich, dass vom Gesetzgeber die Studienbeihilfe eingeführt wurde, die schon während des Studiums ausgezahlt wird. Als Gegenleistung haben die angehenden Ärzte für einen bestimmten Zeitraum (5 Jahre) eine vertragliche Verpflichtung im ländlichen Raum einzugehen.

Natürlich ist die ärztliche Versorgung eine strategische Frage und die Rahmenbedingungen dazu muss der Gesetzgeber schaffen, so Maria Michalk MdB, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit im Deutschen Bundestag. Mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation brachte sie uns einige ausgewählte Beispiele zum GKV-VStG (Versorgungsstrukturgesetz der gesetzlichen Krankenversicherung) nahe:

- Kleinräumige Bedarfsplanung (Mitspracherechte der Länder und örtlicher Vertreter)
- Vergütungsanreize (Vergütungszuschläge in strukturschwachen Gebieten)
- Krankenhausleistungen durch Vertragsärzte (ambulantes Operieren durch Kooperation von niedergelassenen Ärzten und Krankenhaus)
- Sektorübergreifende Regelung des Notdienstes (Kassenärztliche Vereinigung in Kooperation mit Krankenhäusern)
- Wirtschaftlichkeitsprüfung (Entschärfung des Regresses)
- Ermächtigungen (Krankenhäuser können für vertragsärztliche Versorgung ermächtigt werden)
- Telemedizin (besonders im ländlichen Raum / technische Voraussetzungen bis März 2013)

Reiner E. Rogowski, Geschäftsführer der Oberlausitz-Kliniken gGmbH, brachte uns ebenfalls eine Power-Point-Präsentation mit und zeigte sehr anschaulich, mit einem sehr umfangreichen Zahlenmaterial, wie sich die Situation im Landkreis Bautzen darstellt. Im Landkreis Bautzen wohnten zum Stichtag 28.02.2011 knapp 321.000 Einwohner (Stat. Landesamt Sachsen), die durch 9 Krankenhäuser, die sich aus Regel- und Fachkrankenhäusern zusammensetzen, versorgt werden. 139,2 Ärzte versorgen 100.000 Einwohner; davon sind 66,3 Hausärzte und 20,5 öffentliche Apotheken. Ein Patient verbringt durchschnittlich 5,9 Tage im Krankenhaus und am 01.01.2011 waren in unserem Landkreis 10.400 Einwohner ohne ärztliche Versorgung (gemeint ist hier die Struktur). Das waren nur einige kleine Beispiele, aber wie sich unschwer erkennen lässt, doch sehr interessante.

Interessant war auch, als Herr Rogowski über die Medizinischen Versorgungszentren der Oberlausitz-Kliniken sprach. Diese Zentren sind verschiedene Arztpraxen (z.B. Augenärzte, Allgemeinmedizin, Chirurgie) unter einem gemeinsamen Dach, was sicherlich nicht nur die Abrechnung erleichtert, sondern garantieren damit eine enge Zusammenarbeit der dort arbeitenden Ärzte mit den beiden Krankenhäusern der Oberlausitz-Kliniken in Bautzen und Bischofswerda.

Abschließend kann man feststellen, dass diese fast zweistündige Diskussion für alle Teilnehmenden hochinteressant und informativ war und wir werden als Frauen Union dieses Thema weiter verfolgen und möglicherweise auch im nächsten Jahr eine ähnliche Veranstaltung durchführen, denn dann gibt es auf jeden Fall die ersten Ergebnisse in der Umsetzung des GKV-VStG. Einen herzlichen Dank an dieser Stelle an alle Podiumsgäste und natürlich auch an den Moderator, Herrn Christoph Lötsch, von der kpV Oberlausitz/Niederschlesien. (a.p.)

Radeberg, 13. Juli 2012